

Maschinenbauer schraubt an der deutschen Einheit mit

35 Jahre Wiedervereinigung – Als selbstständiger Handwerksmeister wechselt Hans-Ulrich Köhler zur Wendezeit in die Politik, um den bevorstehenden Wandel mitzugestalten. Zurück blickt er mit einem lachenden und einem weinenden Auge

VON ULRICH STEUDEL

Vor 35 Jahren stand Deutschland im Zeichen des Aufbruchs. Nach dem Fall der Mauer fand die lange geteilte Nation wieder zusammen, erlebten vor allem die Menschen im Osten einen Wandel, den sie kurz vorher noch nicht für möglich gehalten hatten. „Ich habe diesen Wandel mitgestaltet“, blickt Hans-Ulrich Köhler auf die Wendejahre zurück.

Damals zog der Maschinenbaumeister für die CDU in die erste frei gewählte Volkskammer der DDR ein. Bis 1998 saß er anschließend im Bundestag, wurde zweimal wiedergewählt. Der selbstständige Handwerksmeister, der seit 1978 im thüringischen Hainspitz eine Service-Werkstatt für Verpackungsmaschinen der Milchwirtschaft führte, war über Nacht zum Berufspolitiker geworden.

Herbst 1989, Montag, der 9. Oktober: Zwei Tage nach dem 40. Jahrestag der DDR sitzt Hans-Ulrich Köhler mit seinem Sohn und zwei Freunden in einem Barkas B 1000. Auf dem Weg zur nächsten Montagsdemonstration nach Leipzig fährt in dem Kleintransporter ein mulmiges Gefühl mit. Wird die Staatsmacht mit aller Härte durchgreifen? So wie die Chinesen vier Monate zuvor auf dem Tiananmen-Platz in Peking, als Proteste gegen die Regierung blutig niedergeschlagen wurden? „Wir müssten nicht, ob wir in der Nacht wieder zu Hause sein würden“, beschreibt Köhler jenen Tag, an dem sich entscheiden sollte, ob die deutsche Revolution eine friedliche wird.

„Es war alles auf Deeskalation ausgerichtet“, erinnert sich der 81-Jährige. Schon auf dem Stellplatz vor der Nikolai-Kirche sei von Bürgerrechtlern zur Ruhe gemahnt worden. Niemand solle sich provozieren lassen, während sich der Demonstrationszug durch die Innenstadt bewegt. „Die Leute haben den Polizisten Blumen geschenkt und vor dem Stasi-Gebäude Kerzen angezündet.“

Während sich in den folgenden Monaten die Parole der Protestler von „Wir sind das Volk“ allmählich in „Wir sind ein Volk“ verwandelt, werden die ersten freien und demokratischen Wahlen in der DDR vorbereitet. Der CDU-Kreisverband Eisenberg, seit 1972 Köhlers politische Heimat, will einen Lehrer und zwei Lehramtsstudenten als Kandidaten aufstellen. Da platzt dem Handwerksmeister der Kragen: „Wir können doch nicht nur mit Lehrern die neue Zeit aufbauen. Wir brauchen Handwerkskollegen, Leute aus der Wirtschaft“, appelliert er an seine Parteifreunde. Ihre Antwort: „Du kannst ja selbst kandidieren, wenn du mitgestalten möchtest.“ Wenige Wochen später zieht Hans-Ulrich Köhler in die Volkskammer ein, als einer von 396 Neuen unter den 409 Abgeordneten. Und das in einer Zeit, in der Entscheidungen im Akkord getroffen werden müssen.

Die letzte Legislatur der DDR-Volkskammer dauerte nur vom 18. März bis 2. Oktober 1990. In den 26 Wochen berieten die Abgeordneten in 38 Sitzungen über 759 Kabinettsvorlagen, beschlossen 164 Gesetze und verabschiedeten 93 Beschlüsse. „Mit diesem enormen Arbeitspensum wurde unter hohem Zeitdruck der Weg zur deutschen Einheit aktiv gestaltet“, erinnert die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur an die wohl turbulenteste Phase im deutschen Parlamentarismus.

„Diese Zeit war extrem anstrengend, aber geprägt von Optimismus. Wir wollten verändern, mussten jedoch feststellen, dass es gar nicht so einfach ist“, sagt Hans-Ulrich Köhler. Vertreter aus der Bundestagsverwal-



Hans-Ulrich Köhler mit seinem Meisterbrief, 1974 von der Handwerkskammer des Bezirkes Gera ausgestellt. Später bewegte er sich als Praktiker auf politischem Parkett. Foto: Ulrich Steudel



Mit Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl verbindet Hans-Ulrich Köhler viele Erinnerungen an sein Leben als Politiker. Er war auch zur Trauerfeier für den „Kanzler der Einheit“ im Dom zu Speyer zugegen. Archivfoto: Udo Giesen

tung berieten die Politik-Neulinge in Ostberlin, damit sie die Konsequenzen ihrer Entscheidungen besser einschätzen konnten. „Politik kann sichtig machen“, versucht sich Köhler an einer Erklärung dafür, wie das hohe Pensum überhaupt zu stemmen war. Zumal die Bedingungen für die Volksvertreter sehr herausfordernd waren. Drei Abgeordnete mussten sich ein Büro teilen. Mitarbeiter gab es keine. Übernachtet wurde in einem ehemaligen Stasi-Wohnheim. Aber Herausforderungen hat Köhler nie gescheut. Gehört er - Jahrgang 1944 - doch zu einer Generation, die früh mit Entbehrungen konfrontiert wurde.

Aufgewachsen in der Landwirtschaft, gehörte Arbeit früh schon zum Tagesablauf. „4 Uhr ins Futter auf in den Stall, danach gingen zum Unterricht“, erinnert sich Köhler an seine Schulzeit. Fuhren die Mitschüler ins Ferienlager, musste er aufs Feld. „1957 wurde unsere Klasse Republik sieger im Schrottsammeln. Als Auszeichnung gab es einen Ausflug über 759 Kabinettsvorlagen, beschlossen 164 Gesetze und verabschiedeten 93 Beschlüsse.“

Hans-Ulrich Köhler lernte Maschinenbauer und übernahm 1978 seinen Lehrbetrieb von seinem Chef, der inzwischen zu seinem Schwiegervater geworden war. Die Werkstatt hatte sich auf die Reparatur von Verpackungsmaschinen für Butter und Käse spezialisiert. „Es war ein hoch-intensives Beruf. Wir haben für rund 240 Molkereien in der gesamten DDR den Kundendienst gemacht“, erzählt Köhler. 50.000 Kilometer im

Jahr habe er damals zurückgelegt, manchmal sei er erst an Heiligabend von der Montage zurückgekehrt. „Ohne die Unterstützung der Familie wäre das nicht möglich gewesen“, blickt Köhler zurück und meint damit auch sein politisches Engagement.

Hans-Ulrich Köhler gehört zu den 144 Abgeordneten, die von der Volkskammer in den Bundestag entsendet werden. Nach der letzten Sitzung des DDR-Parlaments am 2. Oktober 1990 folgt am Tag der deutschen Wiedervereinigung ein Empfang bei Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Am 4. Oktober tagt erstmals ein gesamtdeutscher Bundestag in Bonn. Die Aufgaben werden nicht weniger, auch wenn dem CDU-Politiker aus Thüringen jetzt ein eingerichtetes Büro und eine Mitarbeiterin zur Verfügung stehen. Köhler engagiert sich für die Meisterausbildung in Berufen wie Kosmetiker, Holzspielzeugmacher oder Pfefferkühler. „Beim ZDH gab es ein gutes Frühstück. Dabei haben wir einmal pro Woche handwerkspolitische Probleme diskutiert, bevor es in den Bundestag ging“, erzählt Köhler. Er wird stellvertretender Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion und gehört dem Bundesvorstand der Mittelstandsvereinigung der CDU an. In seinem Heimatwahlkreis kämpft er um den Erhalt der Arbeitsplätze, zum Beispiel bei der Stahlgießerei Silbitz. „Die gibt es heute noch“, erklärt Köhler nicht ohne Stolz. Zweimal gewinnt er zur Bundestagswahl in Gera das Direktmandat, ehe er 1998 aus dem Bundestag ausscheidet. Köhler kehrt in die Wirtschaft zurück, arbeitet bis zu seinem Ruhestand bei einem Matratzenhersteller.

Aktiv ist der 81-Jährige bis heute: als ehrenamtlicher Helfer im Pflegeheim des Roten Kreuzes oder beim Holzspalten im eigenen Garten in Hainspitz. Auf die deutsche Wiedervereinigung blickt er mit einem lachenden und einem weinenden Auge zurück, wie er in einer Pause verrät. „Alles in allem ist die Wiedervereinigung gelungen und das ohne Blutvergießen. Aber im Einigungsvertrag wurde es versäumt, ein paar gute Dinge aus der DDR zu übernehmen.“ Der Föderalismus sei eine feine Sache, aber nicht in allen Bereichen hilfreich, spielt Köhler vor allem auf das Schulsystem an. Ihm fehlt heute mehr Praxisbezug. „In der DDR hatten die Schüler viel mehr Einblick in die Arbeitswelt.“



Johannes Günther (92), Holzspielzeugmachermeister aus Seiffen

Wir privaten Handwerker konnten uns in der DDR nicht frei entwickeln, weil es an allem mangelte. Benötigte unser Betrieb einen neuen Drechsel-Halbautomaten, mussten wir beim Rat des Kreises, Abteilung Örtliche Versorgungswirtschaft, einen Antrag stellen. Über unsere Einkaufs- und Liefergenossenschaft Dregeno bekamen wir dann eine Maschine zugewiesen, mussten aber lange warten. Für 15 Anträge standen nur zwei bis drei Maschinen zur Verfügung. Auch das Holz wurde zugeteilt. Als ich 1958 den Familienbetrieb übernahm, war die Situation besonders schlimm. Am Anfang der 1980er-Jahre wurde es etwas besser. Absatzprobleme hatten wir keine. Der Verkauf lief komplett über die Dregeno. Wurden unsere Waren ins westliche Ausland geliefert, bekamen wir am Jahresende eine Exportprämie, die wir unter den Mitarbeitern – es waren meist drei oder vier – aufgeteilt haben. Positiv in Erinnerung ist mir das gute Verhältnis unter den Handwerkern. Die Dregeno war bei uns im Dorf auch ein kultureller Mittelpunkt. Es wurden Veranstaltungen organisiert, die den Zusammenhalt gestärkt haben. Nach der Wende konnten wir endlich durchstarten. Das Private lag uns ja. Nur der Verkauf war neu. Plötzlich mussten wir darum kämpfen, unsere Waren loszuwerden. Aber wir hatten Glück mit einem Großauftrag. So konnten wir in Maschinen investieren und neue Mitarbeiter einstellen.



Gunter Weißbach (72), Bäckermeister aus Stollberg

Der Mangel war unser ständiger Begleiter. Ich bin viel umhergefahren auf der Suche nach Ersatzteilen oder habe Erdbeeren aus Meißen geholt. Wir hatten nur einen Backofen. Filialen gab es keine, dafür viele Auflagen. Wir durften maximal zehn Mitarbeiter haben, unabhängig davon, ob sie in Voll- oder Teilzeit beschäftigt waren. Die Löhne für das private Handwerk waren festgelegt und geringer als in der PGH und noch weniger als im VEB. Meiner mithelfenden Ehefrau durfte ich gar keinen Lohn zahlen. Auch die Preise waren reguliert. Brot und Brötchen mussten überall in der DDR gleich viel kosten. Bei Feinbackwaren gab es Rohstoffauflagen. Wenn wir die Backstube renovieren wollten, wurden die Filialen zugeteilt. Selbst der Urlaub war vorgeschrieben. Von den zwölf Bäckereien in Stollberg durften maximal zwei geschlossen haben.

Der Fall der Mauer und die deutsche Einheit waren für uns wie eine Befreiung. Endlich konnten wir richtig durchstarten. Für die 400 D-Mark Begrüßungsgeld, das wir als Familie erhalten haben, haben wir bei der Bäckerin im Hof eingekauft. So konnten wir im heimischen Laden Westprodukte anbieten. Bis zur Währungsunion hatten wir zwei Kassen – eine für West- und eine für Ostgeld. Wir haben frühzeitig zwei Verkaufsmobile angeschafft, um neue Standorte zu testen. Schnell ist unsere Bäckerei von zehn auf 25 bis 30 Mitarbeiter und fünf Filialen gewachsen. Zehn Mitarbeiter und Lehrlinge zu finden, war damals überhaupt kein Problem. 1990 herrschte richtige Aufbruchstimmung. Ich war Gründungsmitglied des Landesinnungsverbandes Saxonia, bei dessen Aufbau wir von Kollegen aus Westfalen-Lippe beraten wurden. Am 17. Juni 1990 haben wir in Stollberg die erste Bäckerin in Ostdeutschland gegründet. Rückblickend frage ich mich manchmal, wie wir das damals alles geschafft haben. Für DDR-Nostalgie habe ich jedenfalls kein Verständnis.

Fotos: privat

ZEITZEUGEN ERINNERN SICH

Wie war es als Handwerker in der DDR und wie verlief der Start in die Marktwirtschaft?



Claus Dittrich (85), Dachdeckermeister aus Dresden

Als ich 1961 mit 21 Jahren den großväterlichen Betrieb übernahm, waren private Handwerker dem Staat ein Dorn im Auge. Der Druck, sich als junger Meister einer PGH oder einem VEB anzuschließen, war groß und erhöhte sich mit der Verstaatlichungswelle ab 1972. Die Zahl der Privatbetriebe in den 21 Bauberufen sank im Raum Dresden-Freital zwischen 1972 und 1976 von 580 auf 310. Mit Diplomatie und Glück ist es unserer Familie gelungen, einer Zwangsverstaatlichung zu entgehen. Ab Ende der 1970er-Jahre wurden private Handwerksbetriebe wieder zugelassen. Aber an der Planwirtschaft änderte sich nichts. Alles war vorgegeben, Material wurde ebenso zugeteilt wie Lehrlinge oder Aufträge. So hatte die kommunale Wohnungsverwaltung ein festes Budget für Reparaturen, die wir dann ausführen mussten. Aber die Vielfaltigkeit des Lebens lässt sich nicht planen. Wenn es für unsere Fahrzeuge keine Ersatzteile gab oder es an Gerüst fehlte, wie hätten wir dann unsere Aufträge ausführen können? In solchen Fällen haben sich die Handwerker immer gegenseitig geholfen. Wir waren eine Notgemeinschaft. Die Zahl der Mitarbeiter im privaten Handwerk war auf zehn begrenzt. Mit neun Beschäftigten gehörten wir schon zu den größeren Handwerksbetrieben. Allerdings haben vier meiner besten Leute einen Ausreiseantrag gestellt und später die DDR verlassen. Drei konnten wir ersetzen. Die deutsche Einheit war für Ost und West ein großes Glück. Es gab nun auch im Osten unternehmerische Freiheit und jede Menge Arbeit. So konnten wir die Flachdachabdichtung des Kulturpalastes in Dresden übernehmen. Aber bei aller Euphorie passierten auch Fehler. Unser Betrieb war zu schnell gewachsen, das mittlere Management fehlte. Das brachte den Betrieb Ende der 1990er-Jahre in eine existenzielle Notlage. Vor allem meiner Frau Anneliese, meinem Sohn Jörg und unseren treuen Mitarbeitern ist es zu verdanken, dass unser Betrieb gerettet wurde.

„Es ist erstaunlich, dass in der DDR so viele Handwerker durchgehalten haben“

Der Historiker Matthias Donath erklärt, wie sich private Handwerksbetriebe in der staatlich gelenkten Planwirtschaft zu behaupten wussten und wie sie den Wandel zur Marktwirtschaft nach der friedlichen Revolution erlebt haben

INTERVIEW: ULRICH STEUDEL

Den 35. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung hat die Handwerkskammer Dresden zum Anlass genommen, den Wandel im ostsächsischen Handwerk zwischen 1985 und 1995 zu dokumentieren. Die Ergebnisse finden sich im Buch „Ende, Umbruch, Neuanfang“, das im Sommer erschienen ist, um „eine schmerzliche Lücke in den Geschichtsbüchern“ zu schließen, wie es im Vorwort heißt. Frank Wetzel, langjähriger Sprecher des sächsischen Handwerkstages, hat dafür Zeitzeugen interviewt. Der Meißner Historiker Matthias Donath hat die Aussagen in den geschichtlichen Kontext gestellt. Im DHZ-Gespräch betont er, dass es 1990 für das Ost-Handwerk zur Übernahme des westdeutschen Wirtschaftssystems keine Alternative gab.

Herr Donath, was hat Sie bei der Recherche für das Buch am meisten überrascht?

Ich war sehr davon überrascht, wie stark die Repressalien in der DDR-Zeit tatsächlich waren. Das heißt, wie stark von staatlicher Seite vorgegeben war, was die wenigen privaten Handwerker machen durften. So mussten die Betriebe oft tricksen, um zum Beispiel die Vorgabe von maximal zehn Beschäftigten nicht zu überschreiten. Selbst sehr erfolgreiche Betriebe mit großer Nachfrage wie die Töpfer aus Neukirch in der Lausitz waren davon betroffen. Umso erstaunlicher ist es, dass in diesem ewigen Kampf gegen das dysfunktionale System der DDR so viele Handwerker durchgehalten haben.

Wie sind die privaten Handwerker mit dem ständigen Mangel an Material, Werkzeugen und Rohstoffen umgegangen?

Vor allem mit viel Kreativität. Im Buch gibt es ein schönes Beispiel, wie ein Goldschmied für den Zentrifugalguss mit einer umgebauten elektrischen Kaffeemaschine experimentierte. Man musste sich irgendwie zu helfen wissen, hat selbst Technologien entwickelt oder Rohstoffe und Waren gehortet. Und es herrschte ein Tauschsystem, in dem sich die Handwerker bei Engpässen gegenseitig unterstützen konnten.

Gab es kein Konkurrenzdenken?

Die Mangelsituation führte zu einem sehr engen Zusammenhalt innerhalb der Handwerkskammer. Gerade weil die Repressionen so groß waren, mussten die Betroffenen eine sehr enge Gemeinschaft entwickeln. Konkurrenz, wie sie in der Marktwirtschaft üblich ist, spielte gar keine Rolle. Die Preise für sämtliche Dienstleistungen und Produkte waren ja ebenfalls vom Staat vorgegeben.

Mit dem Mangel mussten in der DDR alle Verbraucher klarkommen, also auch die Kunden der privaten Handwerker, die vor allem für die Versorgung der Bevölkerung benötigt wurden.

Ja, allein deswegen gab es keine Konkurrenz. Die Nachfrage war immer größer als das Angebot. Man musste also limitieren, was mich ebenfalls überrascht hat. Ich war zu Beginn der friedlichen Revolution 14, habe manches selbst noch erlebt. Eine Uhrmacherwerkstatt hatte damals nur an einem Tag der Woche geöffnet. Dann war die Kapazität für Reparaturen für die nächste Woche ausgeschöpft.

Im Buch beklagt ein Handwerker, dass die privaten Meister gegenüber einer PGH benachteiligt wurden. War das ein lokales Phänomen oder kann man das so auf die ganze DDR projizieren?

Das kann man auf die gesamte DDR übertragen. Denn bis etwa 1980 war es das Ziel, das private Handwerk komplett abzuschaffen und durch Kollektivformen zu ersetzen, eben durch die Produktionsgenossenschaften des Handwerks. Die PGHs bekamen viel einfacher Kredite. Für sie galt auch die Grenze von zehn Mitarbeitern nicht. Das heißt, die PGHs konnten manches effektiver umsetzen. Und sie wurden bei der Belieferung bevorzugt. Das war Absicht.

Wurden die PGHs auch deshalb bevorzugt, weil sie politisch leichter zu beeinflussen waren, indem zum Beispiel loyale Leute an die Spitze gestellt wurden?

Das auf jeden Fall. Natürlich war der Freiraum bei einem privaten Handwerker deutlich größer. Trotzdem sind auch private Handwerker in diese ideologische Vereinnahmung einbezogen worden. Sehr viele, die wir interviewt haben, waren Mitglieder der NDDP ...

... also der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. Genau, sie galt in der DDR als eine Art Handwerkerpartei, in der viele dieser privaten Handwerker einen gewissen Freiraum fanden. Gleichzeitig war die NDDP aber natürlich als Blockpartei in das politische System der DDR eingebunden waren.

Mehrere der Gesprächspartner loben die Handwerkskammer des Bezirkes Dresden und ihren langjährigen Vorsitzenden Walter Baumgart für ihr Engagement und das kollegiale Miteinander mit den privaten Meistern. Wie groß war der Handlungsspielraum der Handwerkskammern im zentralistischen Wirtschaftssystem der DDR? Der Spielraum war sehr begrenzt. Die



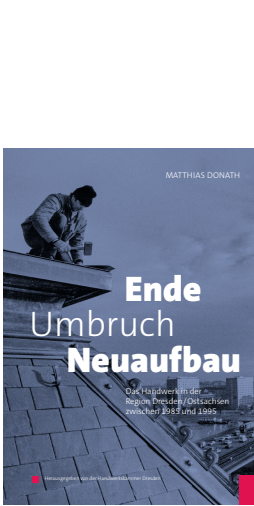
Matthias Donath, Historiker

Foto: Ulrich Steudel

Die Mangelsituation führte zu einem sehr engen Zusammenhalt innerhalb der Handwerkskammer.

Matthias Donath, Historiker

Foto: Ulrich Steudel



Das Buch „Ende – Umbruch – Neuaufbau. Das Handwerk in der Region Dresden/Ostsachsen zwischen 1985 und 1995“ kostet 19,50 Euro und ist ausschließlich über die Handwerkskammer Dresden erhältlich. Bestellung per E-Mail an kommunikation@hwk-dresden.de.

Kammer wurde letztlich geleitet vom Rat des Bezirkes Dresden und stand unter der Kontrolle des ersten Sekretärs der SED-Bezirksleitung. Alles war hierarchisch durchorganisiert. Aber das ist eben typisch für die DDR. Man suchte immer kleine Freiräume und Entwicklungsmöglichkeiten. Diese geringen Spielräume muss Baumgart offenbar sehr gut ausgenutzt haben. Ich war auch überrascht darüber, dass so ein positives Bild von ihm gezeichnet wurde.

In der DDR gab es keine Innungen, sondern die Handwerker eines Gewerkes waren in Berufsgruppen zusammengeschlossen. Was unterschied diese Berufsgruppen von den traditionellen Innungen?

Die Berufsgruppen waren eigenen Rechtspersonen. Das ist der große Unterschied. Innungen haben von ihrer Rechtsstellung her einen eigenen Charakter, auch eigenes Vermögen. Das alles gab es bei den Berufsgruppen in der DDR nicht. Zudem wurde die komplette Tradition zerstört. Die Rituale um die Handwerksladen mit den Pokalen, Schenkkanne und Urkunden waren ein wesentlicher Teil der Handwerkstradition, die Fahnen ein Zeichen des Zusammenhalts. Das ist in der DDR-Zeit komplett zerstört worden.

Springen wir an den Anfang vom Ende der DDR. Nach der Lektüre des Buches was das Handwerk in Ostsachsen 1989 nicht gerade die Speerspitze der friedlichen Revolution. Die Forderungen nach freier Marktwirtschaft und nach Reformen der Handwerksorganisation wurden erst nach dem Fall der Mauer laut. Wie erklären Sie sich diese Zurückhaltung?

Ich kann nur vermuten, was auch durch ein Interview bestätigt wird. Die Handwerker waren so stark in Arbeitsabläufe eingebunden, dass sie gar keine Zeit hatten, zu irgendeinen Demonstrationen zu gehen. Ich erinnere an das klassische Beispiel eines Bäckers. Der musste seine Brötchen backen und konnte nicht plötzlich nach Leipzig oder Dresden zu irgendeiner Demonstration fahren. Da hatten die Arbeiter in volkseigenen Betrieben größeren Spielraum.

Nach dem anfänglichen Zögern war das Handwerk dann aber sogar schneller mit der deutschen Wiedervereinigung als die Politik. Schon im Juni 1990 wurde in Zwickau ein „Manifest der Einheit des deutschen Handwerks“ verabschiedet. Was war aus ihrer Sicht der Grund für diese offenbar vorausschauende Entscheidung?

Die privaten Handwerksmeister haben sich immer als Unternehmer

im klassischen Sinne verstanden und blickten mit Sehnsucht nach Westen, von wo sie auch sofort Unterstützung angeboten bekamen. Vielen war sofort klar, dass es nur einen Weg gab, nämlich das erfolgreiche Wirtschaftssystem der Bundesrepublik zu übernehmen, das den Menschen Wohlstand gebracht hatte. Ich habe im Umfeld des Handwerks niemand gefunden, der dazu in Opposition gegangen wäre. Der sogenannte dritte Weg, also ein Sozialismus mit menschlichem Antlitz, der damals ja in vielen Köpfen herumgeisterte, war kein Thema. Von diesem Modell waren, glaube ich, die Handwerker alle geheilt.

Das Handwerk war einer der wenigen Bereiche, in dem es in der DDR private Betriebe gab, wenn auch nur in sehr kleinem Maßstab. War diese Erfahrung für die Inhaber bei der Umstellung von der sozialistischen Planwirtschaft auf die soziale Marktwirtschaft Anfang der 1990er-Jahre von Vorteil?

Vielleicht nur ein kleines bisschen. Ich glaube, diese Umstellung auf das westdeutsche Wirtschaftssystem – wie werden Preise kalkuliert, wie sieht das Steuerrecht aus – das war ein sehr, sehr großer Lernprozess für alle. Vielleicht hatten die privaten Handwerker bessere Startbedingungen, weil sie schon wussten, wie ein Unternehmen funktioniert. Aber trotzdem war es ein sehr harter und langer Lernprozess, wie auch aus den Interviews hervorgeht.

Das Buch konzentriert sich auf das Handwerk im Bezirk der Handwerkskammer Dresden, also Ost-sachsen. Können diese Erkenntnisse, die Sie bei der Recherche gewonnen haben, als Blaupause für andere Regionen in der ehemaligen DDR dienen?

Das kann ich deswegen nicht sagen, weil es diese Aufarbeitung anderswo noch nicht gegeben hat. Einzige Ausnahme ist Cottbus, wo anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Handwerkskammer das Handwerk in der DDR und in den Nachwendejahren behandelt wurde. Aber in anderen Gegenden in Sachsen oder Thüringen, wo man Ähnliches erwarten würde, ist das noch nicht gemacht worden. Es war daher eine wichtige Entscheidung des Präsidiums und der Geschäftsführung in Dresden, dieses Projekt jetzt anzugehen. Noch gibt es genug Zeitzeugen, die von dieser Epoche berichten können. Ein vollständiges Bild ergibt sich aber erst, wenn Vergleichsmaterial vorliegt. Vielleicht war ich ja sogar in Leipzig Handwerker in führender Rolle bei den ersten Demonstrationen dabei. Aber das wissen wir eben nicht.

KOMMENTAR



Ulrich Steudel, Redakteur

Foto: privat

Den Zeitzeugen gilt unser Gehör

Anfang des Monats wurde in Plauen unter großer Anteilnahme Wolfgang Sachs zu Grabe getragen. Der Elektromeister gilt als Vater des Wende-Denkmals, das in der Vogtlandmetropole seit 2010 an die Anfänge der friedlichen Revolution erinnert. Auch die DHZ berichtete damals von der Rolle vogtländischer Handwerker im stürmischen Wendeherbst und von ihrem Engagement für die Erinnerung an den Mut so vieler DDR-Bürger im Jahr 1989, ohne den die deutsche Wiedervereinigung nicht möglich gewesen wäre. Mit Wolfgang Sachs ist nun eine ihrer wichtigsten Stimmen für immer verstummt. Der ehemalige Obermeister der Elektro-Innung Plauen wurde 82 Jahre alt.

So, wie sich die Reihen der Wegbereiter der friedlichen Revolution lichten, nimmt auch die Zahl der DDR-Bürger ab, die noch aus eigener Erfahrung von den Mangelerscheinungen der sozialistischen Planwirtschaft berichten können. Von Repressalien gegenüber privaten Handwerksbetrieben. Von fehlendem Material und veralteten Maschinen. Von staatlicher Gängelung und politischen Parolen fernab der Realität. Zeitzeugenberichte sind das beste Gegengift gegen eine immer wieder aufkeimende Nostalgie, gegen das Gefühl, früher sei alles besser gewesen.

Nein – war es nicht! Nicht im Westen und erst recht nicht im Osten des geteilten Deutschlands. Dort, wo ich groß geworden bin. Wo schon auf Jugendliche Druck ausgeübt wurde, in die Sozialistische Einheitspartei einzutreten, um sich Vorteile in der beruflichen Laufbahn zu verschaffen. Wo an den Häusern der Putz bröckelte, weil von den staatlich verordneten Mieten deren Erhalt nicht zu finanzieren war. Wo jedes falsche, öffentlich geäußerte Wort einen ins Gefängnis bringen konnte.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das Leben in der DDR nicht von Furcht vor dem Staat geprägt war. Die Menschen haben gelernt, mit Engpässen umzugehen und vor den Herrschenden und ihren Spitzeln auf der Hut zu sein. Vertrauen war wichtiger als Geld, handwerkliches Geschick mehr wert als ein Diplom. Das mag heute für viele Menschen schwer zu verstehen sein. Umso wichtiger ist es, dass die Zeitzeugen gehört werden, bevor sie nicht mehr gehört werden können.

ulrich.steudel@holzmann-medien.de

Was der Einsturz der Carolabrücke mit der DDR zu tun hat

Dicke Luft über Dresden und korrosionsanfälliger Stahl aus Hennigsdorf: Die Ursache der unbemerkten Schäden liegt in der Bauphase

Als vor einem Jahr in Dresden die Carolabrücke in die Elbe stürzte, wollten kritische Geister in dem Unglück ein Sinnbild für den Niedergang der deutschen Wirtschaft erkannt haben. Doch wie das Abschlussgutachten zur Einsturzursache nahelegt, ist die Katastrophe eher eine Spätfolge der Verhältnisse in der DDR während der Bauphase vor mehr als 50 Jahren.

Das Gutachten benennt als Hauptursache für den Einsturz wasserstoff-induzierte Spannungsrisskorrosion. Eine Gefahr, der vor allem Bauwerke aus Spannbeton ausgesetzt sind, wie

die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) betont. Bei dieser Konstruktionsweise werden hochfeste Stahldrähte gebündelt und vorgespannt im Beton verbaut, was höhere Traglasten bei größeren Spannweiten ermöglicht. Auch beim Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Carolabrücke entschied man sich für Spannbeton.

Bei der wasserstoffinduzierten Spannungsrisskorrosion dringen Wasserstoffatome in die Stahldrähte ein und verursachen winzige Risse im Metall. „Das passiert meist schon in der Bauphase, wenn die freiliegen-



Die 2024 eingestürzte Carolabrücke wurde inzwischen komplett abgerissen. Damit ist die Elbe für den Schiffsverkehr wieder frei. Foto: Ulrich Steudel

den Stahldrähte Regen und Kondenswasser ausgesetzt sind“, erklärt BAM-Experte Gino Ebell.

Ein hoher Schwefeldioxidgehalt in der Luft begünstigte die Korrosionsprozesse. Während der Bauphase 1969 wurden in Dresden laut Ebell Tagesspitzenwerte von 1.050 Mikrogramm SO₂ pro Kubikmeter Luft gemessen, mehr als das 50-fache des heutigen Grenzwertes. Grund war die intensive Nutzung von Braunkohle in Kraftwerken ohne Rauchgasentschwefelung und für das Heizen.

Der vergütete Spannstahl für die Carolabrücke stammte aus dem

Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf, der noch bis ins Jahr 1993 zum Einsatz kam. „Heute wissen wir, dass gerade der Hennigsdorfer Spannstahl besonders empfindlich für Spannungsrissschäden ist“, sagt Ebell.

Der Schadensprozess, der sich unbemerkt im Inneren der Carolabrücke vollzog, sei mit den üblichen Methoden nicht oder nur extrem schwer zu identifizieren gewesen, stellt Brückenbau-Experte Steffen Marx von der TU Dresden klar. Er sieht in der aufwendigen Schallemissionsanalyse die einzige Möglichkeit, Spannungsrissschäden frühzeitig zu erkennen. ste